



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33
23. November 1950

P/V/273

Einweise
auf den Inhalt:

Der Stand der Bonner Untersuchungen	S.1
Neue Entwicklungen in Dänemark	S.3
Kritik an der "Kritik der Zeit"	S.4
Erich Klabunde	S.5

Die Finanzquellen der Bonner Koalition

d.g. Böse Zungen behaupten, der sogenannte "Spiegel-Ausschuss" des Bonner Bundestages müsse nun endlich deswegen zu einem Ende kommen, weil sich die weit über zweitausend Seiten umfassende Niederschriften der Sitzungen und die Protokolle von einigen Dutzend Zeugen neben den zahlreichen Gesetzesbüchern und Kommentaren bereits so erschreckend hoch auf den Tischen vor den "Untersuchungsrichtern" auftürmen, dass diese einander kaum noch sehen können. Nun, der Untersuchungsausschuss hat tatsächlich seine öffentlichen Verhandlungen so gut wie abgeschlossen. Einige geheime Beratungen werden noch erforderlich sein, um das umfangreiche erarbeitete Material zu sichten und in die Form eines parlamentarischen Berichtes an das Plenum des Hauses zu gießen und es damit gleichzeitig auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Ohne diesen Bericht vorgreifen zu wollen, kann wohl gesagt werden, dass es dem achtzehnköpfigen Gremium aus Vertretern von CDU, SPD, FDP, DP, Zentrum und Bayernpartei voraussichtlich nicht gelingen wird, den Abgeordneten, die nachweisbar Geld angenommen haben, auch nachzuweisen, dass sie damit ihre Stimme verkauft haben. Nach den gegenwärtigen unzulänglichen Bestimmungen ist aber nur Stimmenkauf strafbar. Das ablaufende Untersuchungsverfahren in Bonn hat deutlich gemacht dass die fließenden Grenzen zwischen "Zuwendungen für politische Zwecke"-wie es im Verfahren oft so schön hiess-und individueller Bestechung weiterhin unhaltbar ist, wenn die Erscheinungen aus dem politischen Leben verschwinden sollen, von denen der Verbindungsmann und

Finanzagent der Industrie zu den bürgerlichen Parteien, Herr Heinrichsbauer, ebenso Andeutungen machte, wie der aktive Bundesfinanzminister im Kabinett Adenauer oder der Regierungsrat im Hellwege-Ministerium, der sich besonderer Beziehungen zu beiden Vorgenannten rühmen konnte und Geldwünsche von Abgeordneten in Vorwerk nahm.

Wo der Staatsanwalt heute noch nicht zupacken kann, müssen aber bereits die Überlegungen der Wähler einsetzen, die nicht selbst er-messen können, welchen Kandidaten sie durch ihre Stimmen den Weg in die Parlamente geebnet haben. Der Bundesfinanzminister, der im Zeugenstand nur auffallend wenig von seiner Redeschicklichkeit zeigte, mit der er sonst im Bundestag seine Steuervorlagen verteidigt, musste schliesslich zugeben, dass er die Schulden des ehemaligen Bayernpartei-Abgeordneten Donhauser, den Baumgartner als den bewaftragten Spalter seiner Partei ansieht, kurze Zeit nach der Hauptstadtwahl "aus einem Fonds" bezahlen liess, den die Industrie zur Finanzierung der Koalitionsparteien aufgebracht hatte. Aber damit noch nicht genug. Dr. Schaeffer gestand nach sehr eindringlicher Fragestellung auch ein, dass von der Industrie Geld nur für politische Parteien unter der Voraussetzung gegeben wurde, dass diese "eine bestimmte Einstellung zur Wirtschaftsform des Staates und in weltanschaulichen Fragen" einnehmen. Der Minister und CSU-Abgeordnete Schaeffer und seine Koalitionsfreunde in den "subventionierten" Parteien werden sich ihren Wählern gegenüber erklären müssen, wie sie diese ihre Handlungsweise und Kenntnisse von den Dingen mit dem Artikel 38 des Grundgesetzes in Einklang bringen wollen, der die Abgeordneten als Vertreter des ganzen Volkes nicht an Aufträge und Weisungen bindet, sondern sie nur ihrem eigenen Gewissen unterwirft.

Den anderen Schritt werden die Finanzbehörden tun müssen. Das Bonner Verfahren hat ergeben, dass riesige Summen von einzelnen Industrieunternehmungen für "politische Zwecke" gegeben wurden und dass der berechnete Verdacht besteht, diese Gelder seien nicht ordnungsgemäss durch die Bücher gelaufen. Die letzte Konsequenz aus dem Untersuchungsverfahren aber sollte das Parlament selbst unverzüglich ziehen und Mittel und Wege suchen, um sich der Abgeordneten zu entledigen, denen ein unsauberes und für einen Volksvertreter verwerfliches Verhalten nachgewiesen wird, das im gegenwärtigen Stadium noch nicht strafrechtlich geahndet werden kann.

Neue Entwicklungen in Dänemark

Von unserem skandinavischen K.V.-Korrespondenten

Die vier grössten dänischen Parteien haben einen Vergleich abgeschlossen, um mit gemeinsamen Kräften das Land aus der wirtschaftlichen Krisensituation zu bringen. Das neue Steuerbuckett, das nach diesem Vergleich zwischen den Parteien in der Sonntagssitzung der beiden Kammern mit überwiegender Mehrheit angenommen wurde, vermindert die Kaufkraft der dänischen Bevölkerung um jährlich eine Milliarde Kronen. Auf sozialdemokratisches Verlangen wurden die grössten Härten des ursprünglichen Vorschlags beseitigt. Von den indirekten Steuern wurde die vorgesehene Kaffee- und Teesteuer, die Steuer auf Zeitungspapier und die Telefonsteuer fallen gelassen. Dagegen wurde die Steuer auf Tabakprodukte, auf Schokolade und Spirituosen wesentlich erhöht. Radioapparate werden um 20% teurer, die Anschaffung eines neuen Autos wird durch eine Extrasteuer von dKr. 2.000 erschwert.

Die direkten Steuern sind durch die Mitarbeit der Sozialdemokratie im wesentlichen auf die Einkommen über 8 000 Kronen im Jahr gelegt worden. Das gilt auch für die zwangsweise Sparpflicht, die einen Teil der Einkommen erfasst, die über 8000 Kronen liegen und die hauptsächlich Unverheiratete trifft.

Es ist sehr wohl möglich, dass der gewonnene Ausgleich eine neue Zusammenfassung der politischen Kräfte in Dänemark bringt, in der die Sozialdemokratie wieder die Führung der Regierung übernehmen kann. Da "Radikal-Venstre" in der Nachkriegszeit nicht mehr ihre Vorkriegsstärke erreichen konnte, um zusammen mit der Sozialdemokratie eine Mehrheitsregierung zu bilden, und diese Partei als Gegner des Atlantikpaktes und einer Stärkung der Verteidigungskraft des Landes aussen- und verteidigungspolitisch ihre eigenen Wege ging, bleibt nur eine Koalition zwischen der Sozialdemokratie und "Venstre" übrig. Im neuen Reichstag hat die Sozialdemokratie als stärkste Partei 59, die Bauernpartei "Venstre" 32 Mandate. Zusammen verfügen beide Parteien über eine stabile Mehrheit, die auch aussenpolitisch homogen ist.

Vorerst bedeutet der zustandgekommene Vergleich gewiss eine Stärkung der zur Zeit im Amt befindlichen bürgerlichen Minderheitsregierung. Doch gibt es nach diesem Vergleich kaum mehr prinzipielle Gegensätze, um zu einer Neuzusammenfassung der politischen Kräfte in dem angedeuteten Sinne zu gelangen.

Kritik der Zeit?

E. Die Frankfurter Wochenschrift "Kritik der Zeit", die ähnlich dem Hamoverschen "Spiegel" als aktuelles Nachrichtenmagazin politische, wirtschaftliche und kulturelle Fragen behandelt, hat sich in ihrer Nummer vom 22. November - vorausschauend geschrieben - mit den hessischen Landtagswahlen befasst. Es ist der "Kritik der Zeit", obwohl in Hessen beheimatet, nicht gelungen, richtig zu prophezeien. Die Zeitschrift, von der man in Bonn erzählt, dass prominente hessische CDU-Politiker zu ihren Förderern zählen, hatte vielmehr angenommen, dass die CDU zu den Parteien gehören werde, die das Rennen machen. Nach einer sehr heftigen Kritik an der SPD - zu der wir noch etwas zu sagen haben werden -, richtete die "Kritik der Zeit" nämlich die rhetorische Frage an ihre Leser, ob es so schwer sei, vorauszusagen, dass insbesondere die hessischen Wahlen zeigen würden, wieviel der deutsche Durchschnittsdemokrat an Sachlichkeit und Unterscheidungsvermögen seit 1945 wirklich gelernt habe. Das sollte besagen, dass die "Kritik der Zeit" der Meinung sei, ein deutscher Durchschnitts-Demokrat mit den genannten Gaben könne einfach nichts anderes als die CDU wählen. Es erscheint uns zu billig, angesichts des tatsächlichen Wahlergebnisses in Hessen mit der "Kritik der Zeit" in diesem Punkte zu polemisieren. Man wird die Antwort ruhig den Lesern überlassen können, die nicht die CDU gewählt haben.

Ein anderes aber ist, wir sagten es schon, die Kritik, die von der "Kritik der Zeit" an der SPD geübt wird. Die Wochenschrift schreibt im Hinblick auf die bayrischen Wahlen: "Zum Beispiel weiss man, dass die groteske Zersplitterung der bürgerlichen Parteien in Bayern der SPD einen Vorteil verschaffen wird, der ihr in Bayern weniger als in irgendeinem anderen westdeutschen Lande zusteht. Denn dass die grosse Anzahl der Bayern sich nicht zu rosaroter Revoluzzerei eignet, darüber besteht wohl Einigkeit von Berchtesgaden bis nach Flensburg." Hier nun meinen wir allerdings, dass derartige absolut unfaire Erklärungen mit "Kritik der Zeit" aber auch gar nichts mehr zu tun haben. Leute, die es für Kritik halten, wenn sie die SPD mit dem vorwilhelminischen und schon damals höchst deplazierten Schimpfwort "rosarote Revoluzzer" bedecken, scheinen uns nicht geeignet zu sein, "Kritik der Zeit" üben zu dürfen. Und auch darüber, ob die Stärke und der Einfluss der SPD in irgendeinem westdeutschen Lande

von der "Kritik der Zeit" als "Vorteil" bezeichnet, "rechtens" ist, steht der Frankfurter Wochenschrift kaum ein Urteil zu. Über diese Behauptung entsetzt ja derselben "Urteilsfähigkeit", mit der die "Kritik der Zeit" ihre hessischen Wahlvoraussagen abgegeben hat.

E r i c h K l a b u n d e

sp. Erich Klabunde ist nur 43 Jahre alt geworden. In ihm verliert die SPD einen unentwegten Verfechter ihrer Ideen und die SPD-Fraktion des Bundestages eines ihrer aktivsten Mitglieder. Seine Arbeitskraft, seine hervorragende Sachkenntnis auf vielen Gebieten und seine stets wahre Hilfsbereitschaft machen den Verlust für seine persönlichen und politischen Freunde besonders schmerzlich.

Seit langen Jahren zählte Klabunde in Deutschland zu den ersten Fachleuten auf dem Gebiete des gemeinnützigen Wohnungsbaues, der ihm viele nachhaltige Anregungen zu verdanken hat. So wurde er auch 1947 Vorsitzender des Verbandes der Gemeinnützigen Wohnungsbauvereinigungen. Nach dem letzten Kriege wurde er alsbald Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft. Er gehörte als Mitglied dem Hauptausschuss des NWDR an und wurde schliesslich Vorsitzender des Deutschen Journalistenverbandes. In dieser Eigenschaft hat er sich vor allem um das Zustandekommen eines Bundespresseggesetzes bemüht.

Vor 1933 war Erich Klabunde in seiner Vaterstadt Hamburg als Redakteur tätig. Es wird sehr schwer sein, die Lücke auszufüllen, die er hinterlässt.

+ + +

Deutsch-französische Niobiumförderung

sp. In diesen Tagen begann am "Kaiserstuhl" in Südbaden der planmässige Abbau von Niobium, einem hochwertigen Metall, das in den letzten Jahren in der Elektroindustrie eine ständig wachsende Bedeutung bekommen hat. Niobium besitzt dieselbe Härte wie Schmiedeeisen und schmilzt erst bei 1950 Grad; diese Eigenschaften haben es zu einem geschätzten Material für die Herstellung von Radargeräten und für die Radiotechnik gemacht. Bisher wurde es nur in Norwegen abgebaut; am Kaiserstuhl wurde es schon um 1850 entdeckt, aber erst in der jüngsten Zeit in seinem vollen Wert erkannt.

Trägerin des Unternehmens, das einen beträchtlichen Devisengewinn abwerfen soll, ist die im vergangenen Jahr mit Zustimmung des südbadischen Landtags gegründete Niob-Bergbau-Kaiserstuhl G.m.b.H., die zu 70% deutscher, zu 30% französische Interessen vertritt. Ein bekanntes chemisches Werk in Mülhausen, das zu den wichtigsten Titanproduzenten Frankreichs gehört, übernimmt das am Kaiserstuhl gewonnene Marmorgestein, um daraus das Metall im eigenen Betrieb zu gewinnen. Fachleute erblicken in der Förderung und Verwertung des Niobiums eine neue wirtschaftliche Chance Südwestdeutschlands.

H.H.

+ + +